

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 67 (1987)
Heft: 3

Rubrik: Kommentare

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommentare

Information in Krisenlagen

Die Katastrophen von Tschernobyl und Schweizerhalle haben im vergangenen Jahr einer in Umweltfragen ohnehin sensibilisierten Bevölkerung die tiefsten Eindrücke hinterlassen — Eindrücke, die im Gemüt haften und darum lange nachwirken. Sie haben aber auch eine Reihe von Sachfragen aufgeworfen, auf die in einer Gesellschaft mit hohem technologischem Entwicklungsstand eigentlich Antworten gefunden werden müssten. Dass Politik und Wirtschaft in bezug auf solche Fragen Unsicherheit verraten haben, dürfte an den heftigen, irrationalen Reaktionen in der Bevölkerung mitschuld sein. Um so wichtiger ist es, unabhängig von emotionalen Strömungen, rasch zu adäquaten sachlichen Lösungen zu gelangen. Dazu gehört nicht nur der Umgang mit dem Gefahrenpotential nuklearer Energieerzeugung und chemischer Produktion, auch wenn dies zweifellos die wichtigsten Probleme sind. Dazu gehören auch die Fragen der Schutzvorkehrungen und der Schutzorganisation bei Katastrophen aller Art, die nie ganz ausgeschlossen werden können und nicht zuletzt der Problembereich der Information.

Rufen wir uns kurz in Erinnerung: Nach Tschernobyl wurde der Strahlenschutz sofort mobilisiert; er erfüllte seine Aufgabe ohne Zeitverzug und fachlich tadellos. Obwohl ohne entsprechende Infrastruktur, gaben die Fachleute ihre Informationen auch an die Medien weiter und gewährleisteten

damit die laufende Orientierung der Bevölkerung. Man machte aus der Not eine Tugend und liess die Information dezentral frei laufen. Dass dabei gewisse Koordinationsmängel und im direkten Verkehr der Fachleute mit den Journalisten auch terminologische Probleme entstanden, nahm man in Kauf. War die improvisierte Informations-tätigkeit gesamthaft erfolgreich, kann es freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die kleine Pressestelle des zuständigen Departementes und auch die Fachleute selbst überfordert wurden. Das hätte schwererwiegende Folgen haben können.

Nach dem Brandausbruch in Schweizerhalle funktionierte zwar die vorgesehene Alarmierung der Bevölkerung über das Radio. In der Folge jedoch war die Orientierung durch die kantonalen Krisenstäbe widersprüchlich, der Automatismus der grenzüberschreitenden Information funktionierte ungenügend und die Informationspolitik der betroffenen Firma liess sich vom opportunistischen Prinzip des Tiefstapels leiten, was die Medien zu insistierendem Recherchieren provozierte und der Eskalation der Schadenerkenntnis zu einem verhängnisvollen öffentlichen Echo weit über die Schweizergrenzen hinaus verhalf.

Hypothese Ernstfall

Es war ein Zufall, dass gleichzeitig mit dem Scherbengericht über die Sandoz-Katastrophe in der Ostschweiz

eine der grössten je in der Schweiz veranstalteten Gesamtverteidigungsübungen durchgeführt wurde, die zudem mit einer Übung der Abteilung Presse und Funkspruch des Armeestabes gekoppelt war. Jene basierte auf strategischen Bedrohungsformen, die auch die zivilen Behörden zur Bewältigung von grossen Schadenereignissen zwang, was zur Erkenntnis von erheblichen Mängeln und recht grosser Unterschiede im Vorbereitungsstand und in der Katastrophenorganisation der zwei beteiligten Kantone führte. Diese sollte der Bevölkerung erstmals öffentlich vorführen, wie man sich im Ernstfall die Weiterführung der Informationstätigkeit der Medien vorstellt, wenn diese nicht mehr an ihren zivilen Standorten produzieren können und von einer militärischen Notorganisation abgelöst werden. Abgesehen davon, dass eine derartige Demonstration in Friedenszeiten zwangsläufig ein wenig realistisches Bild vermitteln kann, sind von den Journalisten und ihren Organisationen bei dieser Gelegenheit kritische Fragen über die Einsatzdoktrin der dem Bundesrat unterstehenden Medientruppe aufgeworfen worden.

Die Beispiele zeigen, dass der Information — und zwar einer überlegten Informationspolitik wie auch einer tauglichen Organisation — in ausserordentlichen Lagen eine zentrale Bedeutung zukommt. Denn die Reaktionen der Bevölkerung und der öffentlichen Meinung stellen selbst einen wichtigen Faktor jeder Krisenlage dar, der schwierig einzuschätzen ist und der wie die eigentlichen Ursachen sorgfältig und fachkundig behandelt werden muss.

Freilich, die beste Informations- und Public-Relations-Strategie nützt nichts, wenn es an der Führung, am eigent-

lichen Krisenmanagement fehlt. Die Einsatzbereitschaft der zuständigen Behörden, die klare Kompetenzordnung und die Koordination nach oben und unten sowie nach allen Seiten sind Voraussetzungen für die Bewältigung von Krisensituationen. Diese Voraussetzungen sind zwar weitgehend gegeben, sie sichern aber im föderalistischen Netzwerk und in den Verbindungen zwischen Staat und Wirtschaft noch kein optimales Funktionieren. Die zivile, politische Abneigung gegen schlagkräftige Führungsstrukturen und das zwar rationelle, aber schwerfällige Milizsystem erschweren das reaktionsschnelle Handeln in ausserordentlichen Lagen. Die komplexe Führungsorganisation ist im übrigen auch intern auf rasche und professionell organisierte Informationsflüsse angewiesen.

Die Information ist somit in doppelter Beziehung, nach innen und aussen, ein zentrales Führungsinstrument. Um so wichtiger ist es, dafür klare Vorstellungen, eine einfache, rasch wirksame Organisation und die notwendigen personellen und materiellen Mittel zur Verfügung zu haben. Dies gilt vorab für die verantwortlichen Behörden. Aber auch die Medien sind gehalten, sich auf ausserordentliche Lagen geistig und organisatorisch vorzubereiten. Denn sie verfügen über die erforderliche Infrastruktur, den dauernden direkten Kontakt und — so ist zu hoffen — das Vertrauen der Bevölkerung, die gerade in Krisenfällen von ausschlaggebender Bedeutung sind.

Das Grundproblem der Information in schwierigen Situationen ist psychologischer Art. Wie kann Unsicherheit vermieden oder zumindest reduziert, wie Überreaktion, bis hin zur Panik, verhindert werden? Die Information muss Vertrauen schaffen, nicht im Sinn

voreiliger Beruhigung, sondern im Sinn der Offenheit, dass nämlich rechtzeitig alles gesagt wird, was man weiss, und was zu erwarten, auch was zu befürchten ist. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass alle auftauchenden Fragen beantwortet werden. Die Information muss aktiv und vorausschauend geführt werden, sie darf sich nicht auf blosses Reagieren beschränken. Nur so lassen sich auch die Proportionen einigermassen wahren und Überreaktionen in Grenzen halten. Im Zweifelsfall ist zuviel Information besser als zu wenig, denn nichts ist verhängnisvoller als der Eindruck, es werde etwas verschwiegen.

Ungelöste Organisationsfragen

Die Organisation einer leistungsfähigen Information in Krisenlagen stellt die Behörden vor noch kaum gelöste Probleme, die einer intensiven Zusammenarbeit mit den Medien bedürfen. Der Bedarf an Informationsfachleuten lässt sich mit den bescheidenen Mitteln, die den Verwaltungen von Bund und Kantonen im Normalfall zur Verfügung stehen, keinesfalls decken. Nur schon die Notwendigkeit, rund um die Uhr erreichbar zu sein, vervielfacht den Normalbedarf allein für die Betreuung der Medien. Die Einrichtung eines Sorgentelefons zur direkten Beantwortung von Fragen aus der Bevölkerung, wie es vom Bund improvisiert, aber mit Erfolg nach Tschernobyl geschaffen wurde, sprengt vollends die Dimensionen eines Verwaltungsapparats.

Medien – Sprachrohr oder Anwalt?

Ein isoliertes Ereignis kann — so paradox es klingt — organisatorisch

schwierigere Probleme stellen als eine allgemeine Bedrohungslage, die zur vorbereiteten und einexerzierten Mobilmachung des ganzen Potentials der Gesamtverteidigung führt. Damit stünde unter anderem auch ein beträchtliches Aufgebot von Informationspersonal zur Verfügung, wobei offen bleibt, ob dessen Einsatz durchwegs zweckmässig vorgesehen ist. Jedenfalls haben zumindest die militärischen Führungsstäbe die nötigen Informationsstellen geschaffen und mit entsprechend ausgebildeten Milizkadern besetzt. Fragezeichen bleiben auf der zivilen Seite. Wie lange man etwa das in der Abteilung Presse und Funkspruch eingeteilte Fachpersonal die zivilen Medien weiterführen lässt — ob so lange als möglich, wie es die Doktrin und die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs nahelegen — und wie rasch der Bundesrat es allenfalls dennoch als Informationsinstrument benötigte, ist nach der eben durchgeföhrten Übung nicht klar geworden; eine vertiefte öffentliche Diskussion über die Rolle dieser Truppe steht noch aus. Die Sicherstellung der Medientätigkeit im Ernstfall sollte indessen von der Erfüllung der behördlichen Informationsaufgaben und der Bereitstellung der dafür im Krisenfall notwendigen Infrastruktur klar getrennt werden. Vermutlich müssen für diese Funktion die personellen Voraussetzungen sowohl im Bund als auch in den Kantonen noch verbessert werden — dann wäre auch das Problem der «Teilmobilmachung» von Milizkräften bei besonderen Ereignissen leichter lösbar. Das heisst konkret, dass man entsprechend eingeteilte Journalisten in Fällen wie Tschernobyl oder Schweizerhalle zu Dienstleistungen im Rahmen der Gesamtverteidigung aufbieten und sie in eigener Ver-

antwortung, ohne mehr oder weniger freiwillige Mithilfe der Medien, einsetzen könnte.

Die Medien in ihrer Mittlerstellung zwischen Behörden und Bevölkerung haben in ausserordentlichen Situationen ohnehin eine besonders heikle Aufgabe. An ihnen bleibt der Vorwurf hängen, wenn die Information nicht «ankommt», wenn die Emotionen übermächtig werden und das Vertrauen in die Behörden erschüttern. Deutlicher noch als sonst müssen sie in Krisenlagen ihre beiden Hauptfunktionen kenntlich machen, einerseits ihre

Pflicht, alle wichtigen Informationen zu veröffentlichen, anderseits die Freiheit der Meinungsbildung zu gewährleisten. Von einer Alternative — Sprachrohr der Behörden oder Anwalt der Bevölkerung — zu reden, ist gerade in schwierigen Situationen gefährlich und unverantwortlich. Die Medien stehen nicht ausserhalb des Geschehens, sondern mitten drin. Sie sollen aktiv dazu beitragen, dass die Information auch in Krisenlagen ihren eigentlichen Zweck erfüllt: dem Bürger vernünftiges und verantwortliches Handeln zu ermöglichen.

Ulrich Pfister

Bundestagswahlen

Der Wahlkampf war nach übereinstimmender Auffassung langweilig, keine herausragenden kontroversen Themen weckten Emotionen, das Ergebnis stand schon von vornherein fest. «Weiter so»: Fortsetzung der Koalition.

So geschah es denn auch. Die Verluste der CDU/CSU waren überraschend, aber kein Erdrutsch; nach dem selbstdeutenden Urteil der Demoskopen haben sich die Fehlerquoten im Rahmen des nach dem Verständnis ihrer «Wissenschaft» Richtigen bewegt. Mag sein; Katzen sind im Sinne der Verordnung Hunde. Mit verschobenen, internen Gewichten regiert Kanzler Kohl mit der FDP weiter wie bisher. Für die einzige Sensation sorgte F.J. Strauss, der — in der unnachahmlich zurückhaltenden Sprache der «NZZ» — «sich mit seinen verstimmten Reaktionen in der Wahlnacht allgemeinem Spott aussetzte».

Mittlerweile haben die Wahlanalysen den Parteistrategen die erforderlichen Auskünfte über das Wahlverhalten einzelner Gruppen, Länder, Gemeinden — der Arbeiter, Frauen, Erstwähler, der Grossstädte, ländlichen Regionen usw. — und über Wählerströme von Partei zu Partei geliefert. Sie sind jetzt damit beschäftigt, für die nächsten wichtigen Landtagswahlen (Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein) ihre Wahlstrategien festzulegen. Denn wenn auch nur ein CDU-regiertes Bundesland an die SPD fällt, geht der Bundesregierung die Mehrheit im Bundestag verloren. Das würde ihr das Regieren beträchtlich erschweren, freilich nicht in dem Mass, wie die Opposition hofft. Man darf das Gewicht der Ländervertretung, auch wenn es in den letzten Jahren zugenommen hat, nicht überschätzen. Denn die Interessen und damit auch die Stimmabgabe im Bundes-

rat verlaufen nicht nach Parteilinien; das Nord-Süd-Gefälle, die Differenzen zwischen Flächen- und Stadtstaaten usw. schaffen oft Gemeinsamkeiten über die Partegrenzen hinweg.

*

Wenn man, über die aktuellen Fragen hinausblickend, die Befindlichkeit der Bundesrepublik zu Beginn der Legislaturperiode 1987/1991 zu verstehen sucht, so lassen sich die Beobachtungen unter drei Feststellungen zusammenfassen:

- die Demokratie ist trotz Stimmenzunahme extremistischer Splitterparteien stabil;
- der konservative Trend hält trotz beträchtlicher Stimmenverluste der beiden Volksparteien an;
- die Wähler sind selbständiger und kritischer geworden und machen ihre Wahlentscheidung nicht allein von günstigen Wirtschaftsdaten abhängig.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung bejaht die bestehende politische Ordnung, die den Bürgern seit Jahrzehnten persönliche Freiheit, politische Stabilität und wirtschaftliches Wohlergehen garantiert hat. Eine ernsthafte Alternative zur Demokratie besteht nicht. Die Zahl der politischen Sektierer, Narren, Fanatiker und Extremisten ist nach wie vor vergleichsweise sehr gering. «The lunatic fringe» an den Rändern des Parteienspektrums hat sich um ein knappes Prozent (von 0,5 auf 1,4%) erhöht. Andere Länder glauben, dass selbst 10 bis 15% für eine Demokratie erträglich sind. Angesichts der deutschen Vergangenheit werden in den Nachbarländern vielfach Befürchtungen geäußert, dass erneut Nazi-Tendenzen zum Ausbruch kom-

men könnten. Das ist verständlich, aber durch die Tatsachen nicht gedeckt. Die achtziger Jahre lassen sich nicht mit den dreissigern vergleichen.

«Der zweite Mord an Helmut Schmidt»

Die Deutschen sind nicht auf Neuerung aus, weder aus Unzufriedenheit noch aus Innovations- oder Fortschrittslust. Die konservative Stimmung dauert an. Das kommt vor allem darin zum Ausdruck, dass ein breiter Mittelblock von Stammwählern ihren Parteien weiterhin die Treue hält und damit zur Stabilität beiträgt. Die «Koalition der Mitte» ist bestätigt worden. Die für den Bundeskanzler schmerzlichen Einbussen von 2,2 Millionen abgewanderten Wählern nach viereinhalb nicht erfolglosen Regierungsjahren sind auf die zahlreichen, nicht vergessenen Pannen und Missgriffe und auf die Fehleinschätzung des angeblich zu integrierenden Rechtsaußen-Wählerpotentials zurückzuführen.

Die Wählerbewegungen haben Denkzettel-Charakter. Die Union hat Wähler an die FDP verloren, die — der zwar nicht expliziten, aber unmissverständlichen Kanzlerparole folgend — für die Koalition und nicht unbedingt für die Alleinherrschaft der Union optierten, nicht zuletzt, um die CDU gegen einen Machtzuwachs der CSU und ihres Vorsitzenden abzusichern. Auch manche der Sozialdemokratie zuneigenden, aber taktischen Überlegungen folgenden Wähler haben die FDP unterstützt, weil sie der SPD keine realistische Gewinnchance zuschrieben, der Union aber ein stärkeres liberales Korrektiv mitgeben wollten.

Die Einbussen der beiden grossen Parteien sind, wenn noch kein Alarm-

signal, so doch ein Hinweis auf möglicherweise tiefgreifende Veränderungen der Parteienlandschaft. Nach wie vor polarisiert sich das Bild um die beiden, einander in der Wählergunst und in der Regierung ablösenden Volksparteien — mit der überproportional wichtigen FDP als Mehrheitsbeschafferin in der Mitte.

Linke im Abseits?

Und nach wie vor stehen die Grünen mit ihren 3,1 Millionen Wählern zumindest im Bundestag abseits, weil sie sich bisher nicht als koalitionsfähig erwiesen haben. Angesichts der fort dauernden Zerrissenheit zwischen Radikalen und Realisten vermochte sich die Partei nicht auf klar formulierte politische Ziele zu einigen; sie entbehrt eines programmatischen Profils. Sie verdankt darum einen beträchtlichen Teil ihrer Stimmen blossen Protestwählern, die ihr Missfallen an dem ange stammten Trott der etablierten Parteien artikuliert haben. Auch bürgerliche Kreise sympathisieren mit manchen ökologischen Vorstellungen der Grünen, mögen auch ihre outrierten Forderungen (Ausstieg aus der Atomenergie, Rückzug aus der Chemie, Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols: Parteisprecher Ebermann) als unrealistisch und demagogisch durchschaut werden. Vor allem wird den Grünen zugute gehalten, dass sie offen und lautstark Missstände ansprechen, über die die anderen nur hinter vorgehaltener Hand flüstern. Ihre immer noch relativ jungen Repräsentanten bringen frischen Wind in die Politik — durch ihr oft respektloses Auftreten, durch ihre Frauenriege, durch phantasielose Tricks (so wenn sie das behördliche Verbot einer Antikernkraft-Mani-

festation durch Verlegung einer Fraktionssitzung an den Ort des Geschehens unterlaufen). Fröhlichkeit und Gelächter sind in der Politik mächtige Faktoren.

Der politische Standort und die Fähigkeit bzw. Unfähigkeit der Grünen, in der Parteienrivalität und -Kooperation als Gleiche unter Gleichen zu bestehen, wird nicht zuletzt von der SPD mitbestimmt werden. Falls sich die Lafontaine-Linie durchsetzt, derzufolge eine Koalition mit den Grünen erstrebt, jedenfalls nicht ausgeschlossen werden soll, kommen die Grünen in Zugzwang, müssen sich auf einen politisch durchsetzbaren Kurs einigen, werden salon- und regierungsfähig, oder werden, falls sie uneinig bleiben und ohne Erfolg sind, ihre Anhängerschaft verlieren. Umgekehrtenfalls bleiben sie im parlamentarischen Abseits, mit unvorhersehbaren Zukunftsaussichten.

Wohin sich die innerlich zerstrittene, kaum noch einheitlich geführte SPD in der nächsten Phase entwickelt, ob ihr bald oder erst viel später die innere Einigung gelingt, ist gegenwärtig nicht absehbar. Nach dem «zweiten Mord an Helmut Schmidt», wie das schlechte Abschneiden der Partei nicht zu Unrecht interpretiert worden ist, hat Brandts linker «Engel» Lafontaine überschnell Ansprüche auf den Parteivorsitz angemeldet und durch opportunistische Kurskorrekturen (z.B. seiner ablehnenden Einstellung zur NATO) innerparteilich zu befestigen gesucht. Für die deutsche Parteienentwicklung wird viel davon abhängen, ob die älteste und in vieler Hinsicht zuverlässigste deutsche Partei wieder handlungsfähig wird, und ob sie bei der gemässigt-realistischen Politik eines Helmut Schmidt bleibt oder ob sie sich zu Experimenten verleiten lässt, die

der linke Flügel seit dem Münchener Parteitag favorisiert.

Erschützte Selbstverständlichkeiten

Die Verunsicherung der traditionellen Parteien ist aber nicht nur die Folge der für sie ungünstigen Wahlergebnisse, des stetigen Wachstums der Grünen (1980: 1,5%; 1983: 5,6%; 1987: 8,3%), der zahlreichen mittelfristig-drängenden, fast unlösbar scheinenden in letzter Sicht gesellschaftspolitischen Probleme (Steuerreform, Rentenreform, Kostendämpfung im Gesundheitswesen), der ausgebliebenen geistig-moralischen «Wende», des dem Gewicht der Bundesrepublik nicht entsprechenden low profile in der Weltpolitik. Beunruhigend für die Parteizentralen — aber nicht für die Bundesrepublik — ist die starke Vermehrung der Wechselwähler. Die Wählerwanderungen zeigen, dass jenes ungefragte, familiens-, standes-, berufs- und konfessionsgebundene Wählerverhalten «man (d.h. der anständige Angehörige der Gruppe) wählt CDU bzw. SPD» nicht mehr so selbstverständlich ist wie einst. Die Wähler sind selbstbewusster und kritischer geworden. Sie betrachten die Arbeit der Parteien differenzierter. Die Partei ist ihnen nicht mehr die selbstverständliche Heimat, sondern sie wird mehr wie ein Wirtschaftsunternehmen nach ihren Aktivitäten, Erfolgen und Misserfolgen beurteilt: Wahltag ist Zahltag. Das macht die Wählerlandschaft flüider, anpassungsfähiger, auch labiler. Die Parteien müssen ihre Wähler von Mal zu Mal neu gewinnen: das setzt neue Bewährungsmaßstäbe. Volle Lohntüten, stabile DM, steigende Produktion allein gewährleisten noch keine Stimmengewinne.

Hinter all diesen Veränderungen steht schliesslich der jedermann bekannte, aber noch nicht aktivierte historische Widerspruch, der darin besteht, dass die Welt sich in wenigen Jahrzehnten tiefgreifend verändert, nämlich vereinheitlicht hat, dass die Staatsmänner aber, in ihre nationalen Parzellen eingekastelt, nach den alten Schemata des souveränen Staates handeln. Wir betrachten die Welt allabendlich auf der Satellitenwetterkarte von aussen, wissen um ihre Zerstörbarkeit durch Menschenhand, sind durch die modernen Verkehrs- und Kommunikationsmittel universal erreichbar, verbunden und informiert, zur universalen Teilnahme und Mitwirkung aufgerufen; die Nationalwirtschaften werden gutenteils von multinationalen Konzernen beherrscht; und doch leben wir in zunehmend stärker werdenden Nationalstaaten, deren Macht über die Bürger und deren Misstrauen gegen andere, als potentielle Feinde gewertete souveräne Staaten den Bedingtheiten und Belangen des 19. Jahrhunderts entspricht, aber nicht den grenzüberschreitenden Realitäten und Bedürfnissen des 20. Jahrhunderts. Die Mehrzahl der Europäer lebt gegenwärtig verspätete nationale Ambitionen und Aggressionen aus, und wenige denken sich dabei etwas. Universale, humane, weltbürgerliche Vorstellungen und Verhaltensnormen sind auf dem Rückzug. Beide grossen Parteien haben mit Deutschland und den Nationalfarben geworben. Die objektive Zeit aber schlägt längst nach der Uhr der grösseren Einheiten. Das Unbehagen an diesem, wenn auch nur unterschwellig bemerkten Widerspruch dürfte auch das Verhalten der Wähler mitbestimmt haben.

Peter Coulmas